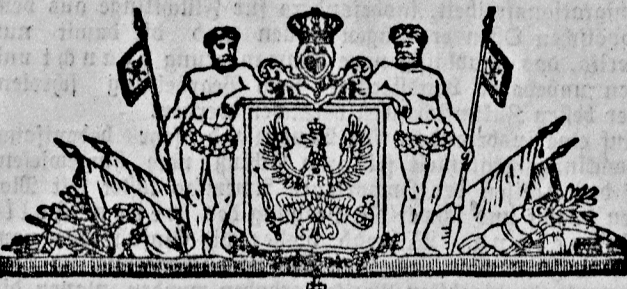


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

50 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Eisenbahnbeamten beim Kanzler.

Das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen.

Von zuständiger Stelle wird über die gestrigen Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter folgendes mitgeteilt: Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden als Vertreter der Reichsgewerkschaft die Herren Doebling und Thiemer sowie drei Herren aus Essen, Münster und Berlin durch Staatssekretär Hemmer empfangen. Die Unterredung geschah durch Vermittlung des Abgeordneten Seibert (Deutsche Volkspartei), der selbst Eisenbahnbeamter ist.

Die Vertreter der Reichsgewerkschaft führten aus, daß entgegen den angegebenen Richtlinien zahlreiche Disziplinierungen vorgenommen worden seien. Es habe sich erwiesen, daß die Richtlinien von Seiten der Eisenbahnverwaltung extensiv ausgelegt werden, insbesondere sei durchaus unklar, wer als Streit-urheber im Sinne der Ziffer 1 der Richtlinien anzusehen sei. Sie hätten daher um authentische Interpretation des Begriffs der Urheberschaft. Die Beamtensvertreter überreichten eine Liste von angeblichen Disziplinierungen, die 7000 Fälle enthielt, wobei sie bemerkten, daß diese Listen nicht einmal vollständig sei. Die Vertreter der Reichsgewerkschaft erhoben die Forderung, daß nur bei schweren Sabotagefällen Disziplinierungen vorgenommen werden sollen, auf jeden Fall aber keine Massendisziplinierungen. Die Besprechungen dauerten von 4 bis 8 Uhr abends. Im Anschluß daran wurden die Herren vom Reichskanzler selbst empfangen. Das Ergebnis der Aussprache mit dem Reichskanzler war folgendes:

Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Einhaltung der Richtlinien vom Reichskanzler im Auge behalten werden soll. Daß der Reichskanzler jeden Einzelfall nachprüfe oder untersuche, sei technisch unmöglich und auch nicht seines Amtes. Wenn aber die Organisationsfälle besonderer Art ihm unterbreiteten und behaupten, daß diese nicht nach den Richtlinien behandelt worden seien, dann ist der Reichskanzler bereit, sich eines solchen Falles anzunehmen und den Reichsverkehrsminister um Aufklärung zu ersuchen. Schließlich wurden die Vertreter aufgefordert, Material

für ihre Behauptungen beizubringen, dann würde der Reichskanzler sich mit dem Reichsverkehrsminister ins Einvernehmen sehen. Den Begriff des Urhebers werde das Kabinett eventuell noch beraten.

Kein neuer Streit.

Wie uns von dem Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und -anwärter mitgeteilt wird, sollen die Verhandlungen mit der Reichsregierung anfang nächster Woche, voraussichtlich schon am Montag, fortgesetzt werden. Die Resolution der Delegierten des Industriegebietes und des Direktionsbezirks Frankfurt a. Main, die für einen neuen Streit eintreten, ist zurückgezogen worden.

(Siehe auch dritte Seite.)

Die heutige Reichstagsitzung.

Die heutige Sitzung des Reichstags begann in Anwesenheit von 17 Abgeordneten. Das Gesetz über vorübergehende Rechtsplegemassnahmen im Saargebiet wurde in allen drei Lesungen angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Reichspatentamt. Der Entwurf eines Gesetzes über die Ablieferung von Ausfuhrdevisen und über die Ausführung des Artikels VII 2b des Londoner Zahlungsplanes gingen an den Reparationsausschuß.

Die Abstimmungen über die Mietsteuer werden in einer späteren Sitzung vorgenommen.

Zum Schluß begründete Abg. Heile (Dem.) die Interpellation über die Papperleichterungen im Verkehr mit Österreich.

Ein Börsenmanöver.

An der Berliner Börse waren heute Gerüchte im Umlauf, daß die deutsche Regierung einen neuen Antrag auf Stundung der Reparationszahlungen gestellt habe. Diese Gerüchte sind absolut unbegründet. Die nach der gegenwärtigen Regelung von der deutschen Regierung alle 10 Tage zu leistenden 31 Millionen Goldmark sind bisher pünktlich geleistet worden und werden auch in Zukunft weiter geleistet werden. Es handelt sich also lediglich um ein Börsenmanöver.

Amerika 1922.

Die wirtschaftliche Lage.

Von

Hans Goslar,

Regierungsrat im preussischen Staatsministerium.

Kaufleute klagen, wie man sagt, immer, und man soll aus ihren Seufzern über „schlechte Zeiten“ im allgemeinen nicht zu weitgehende Schlüsse ziehen. In Amerika wird zurzeit besonders heftig geklagt, aber etwas Wahres steckt hier denn doch dahinter. Es wäre nicht richtig, von einer allgemeinen Krisis zu sprechen, von einer ganz erheblichen Depression aber darf man sicherlich reden. Und man kann sich über diese Situation schließlich nicht wundern. Im Kriege hat Amerika fieberhaft gearbeitet; in allen Industriezweigen hat man bei stark anziehenden Preisen schweres Geld verdient. Durchweg aber hat man auch in allen Branchen die sehr großen Gewinne nicht in Erwartung künftiger und unsausbleiblicher Rückschläge wenigstens zum Teil in Gestalt von mehr oder minder greifbaren und flüssigen Mitteln in Reserve gestellt, sondern sie allsogleich immer wieder neu investiert. Und zwar in Gestalt von unzähligen Fabrik- und Geschäftshäuserneubauten und in der Anschaffung und Aufstellung neuer Maschinen. Das Aufhören des Krieges im Zusammenhang mit dem fast völligen Fortfall des europäischen Exportgeschäftes verkleinerte dann ziemlich plötzlich den Geschäftsumfang fast überall bedeutend, während die Erzeugung unablässig im Wachsen begriffen war, und die vielen neuen Werkanlagen und Maschinen auf Beschäftigung warteten. In der auf fast allen Gebieten vorangegangenen Ueberproduktion und dem zu schnellen Wachstum der nach Verzinsung und Amortisierung drängenden neuen Produktionsstätten liegt mithin das ziemlich einfache Geheimnis der gegenwärtigen amerikanischen Wirtschaftskrise. Dazu kommt, daß auch die Kaufkraft und der Absatz im regulären Inlandsgeschäft nachgelassen hat, weil die Detaillisten mit den aus der Kriegszeit ihnen lieb gewordenen hohen Preisen kein Ende und mit dem Preisabbau keinen Anfang machen wollen, ob schon die Fabrikanten, unter zumeist sehr großen Opfern, ihnen z. T. mit guten Beispielen vorangegangen sind.

Der allgemeine große und ungeheuer verlustreiche Preisfall hat im Sommer vorigen Jahres eingesetzt. Da sah es insbesondere auf dem schwerindustriellen Markte böse aus, aber auch auf anderen Gebieten, wie z. B. dem Zuckermarkt, kam es zu trübseligen Erscheinungen, die in einzelnen Hauptproduktionsstätten, wie in Kuba, zu einem glatten Zusammenbruch, zu einem — erst jetzt allmählich der Abbildung entgegengehenden — Zahlungsmoratorium für die gesamte Insel und zu sehr hohen Verlusten der hilfreich eingesprungenen Banken führten. Vorher waren auch schon gewaltige Verluste durch den Krach auf dem Rohgummimarkt eingetreten. Vor fünf bis acht Jahren hatte nämlich infolge des damaligen hohen Gummipreises eine wilde Neugründung von Plantagen eingesetzt. Als nun aber — ein Gummibaum braucht nicht mehr als drei Jahre bis zur ersten Ernte — die Riesennassen neuen Gummis auf den Markt kamen, stellten sich der unausbleibliche stürmische Preisfall und alle damit naturnotwendig verbundenen Krisenerscheinungen im Geschäftsleben ein. Hinzu kam noch zum besondern Pech der Gummifabrikanten, daß zu gleicher Zeit, als das vermehrte Angebot auf den Markt drängte, in der als Hauptabnehmer auftretenden Industrie, die Nachfrage nach Gummi infolge technischer Verbesserungen der Automobileisen sank. Man war nämlich dahin gekommen, die Automobileisen bis zu einer Tauglichkeit von 6000, anstatt wie bisher nur etwa 2000 Meilen Lauffähigkeit zu bringen.

Die wirtschaftliche Gesamtlage spiegelt sich naturgemäß besonders deutlich in einer so bedeutenden Industrie wie dem Beliebungsgeschäft wieder. Die noch immer zu hohen Preise im Detailgeschäft und die herrschende große Arbeitslosigkeit drücken das Geschäft in Männerkleidern sehr stark. Und im Frauenbekleidungsgewerbe, wo an sich die Nachfrage noch größer ist, ist soeben, Anfang Februar, ein zweiundeinhalb Monate geführter Streit beendet worden, aus dem die Trade-Unions, die Gewerkschaften, als Sieger hervorgegangen sind, so daß sie den Versuch der Unternehmer, durch einen Lohnabbau eine Ermäßigung der Verkaufspreise und eine Belebung der Kaufkraft zu erreichen, abgeschlagen haben. Diese Lohnkämpfe werden zweifellos dem gesamten amerikanischen Wirtschaftsleben der nächsten Zeit ihren Stempel aufdrücken. Amerika hat infolge des Krieges recht erhebliche Preissteigerungen für die Lebenshaltung des Volkes erlebt. Nimmt man als normal die Durchschnittspreise von 1913 mit 100 v. H. an, so war 1920 ein Ansteigen der durchschnittlichen Standard of life Kosten bis auf 218 v. H. zu verzeichnen. Im September 1921, nach dem großen Preissturz, betrug diese Indeziffer noch 177¹⁰ v. H., um im November auf 163 v. H. zu fallen, wo sie ungefähr noch heute beharren mag. Die Löhne sind, anders als in Deutschland, nicht nur im gleichen Verhältnis, sondern, infolge der strengen wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter, noch etwas mehr gestiegen, so daß man, das noch normale Jahr 1914 mit 100 v. H. als Durchschnitt der Löhne eingeseht, im Oktober 1921 eine Indeziffer der Löhne von 193 v. H.

Die Kanzlerstürzer.

Stresemann und Crispian.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, steht im „Deutschen Zeitungsdienst“ die Gründe auseinander, warum seine Fraktion geschlossen gegen den Kanzler habe stimmen müssen. Es heißt da:

„Der Kanzler hatte durch seine Erklärung am Sonnabend eine politische Frage ersten Ranges geschaffen, indem er die Einbeziehung eines Vertrauensvotums erzwang. Nach der Erklärung, die der Kanzler bei dieser Gelegenheit abgab, war der Wortlaut des von den Regierungsparteien eingebrachten Antrages für seine Bedeutung belanglos. Es handelte sich nach dieser Erklärung nur noch um die Billigung der gesamten Politik des Kabinetts und des Kanzlers. Daß eine derartige Billigung angesichts des Misstrauensvotums, das die Fraktion der Deutschen Volkspartei aus Anlaß der Streitverhandlungen eingebracht hatte, für unsere Partei unmöglich war, stand von vornherein fest. Die Stimmen der Fraktion konnten nicht anders als geschlossen gegen den Kanzler abgegeben werden.“

Zu gleicher Zeit erklärt der Führer der Unabhängigen, Arthur Crispian, in der „Freiheit“, seine Partei habe gegen den Kanzler stimmen müssen, weil es sich nicht um ein allgemeines Vertrauensvotum gehandelt habe. Er erklärt:

„Wollten die Regierungsparteien ein allgemeines Vertrauensvotum haben, dann hätten sie in der deutschen Sprache sicher solche Wörter gefunden, um das klar zu formulieren. Abgestimmt wird nur über das, was in einem Antrag tatsächlich gesagt wird, und das allein hat nur Geltung. Was sich irgend jemand zu einem Antrag hinzudenkt, das ist sein Privatvergnügen und absolut bedeutungslos für alle anderen. Die Versuche einer Umdeutung des sehr klar formulierten Antrages der Regierungsparteien in ein allgemeines Vertrauensvotum werden von den Rechtssozialisten betrieben, um die Arbeiter zu verwirren, um den Bankrott ihrer ganzen Koalitions-politik zu vorbeugen.“

Die Deutsche Volkspartei hat also gegen die Regierung gestimmt, weil es sich um ein allgemeines Vertrauensvotum handelte, und die Unabhängigen haben dagegen gestimmt, weil es sich nicht um ein allgemeines Vertrauensvotum handelte.

Das verbreitetste Organ der Unabhängigen Partei, die „Leipziger Volkszeitung“, bemüht sich andererseits, nachzuweisen, daß die Unabhängigen durch ihre Haltung die Absichten der Kanzlerstürzer vereitelt haben. Sie erklärt, die U. S. P. D. sei im Sinne der deutschen

Arbeiterklasse verpflichtet gewesen, zu verhindern, daß die Rechtsparteien in die Regierungssessel gelangen, zumal sich Dr. Wirth als Demokrat gezeigt habe, und zwar in viel höherem Sinne, als die meisten Sozialdemokraten, die in der Regierung saßen, dies bisher getan haben. Aber die „Leipziger Volkszeitung“ begründet sich nicht mit diesen allgemeinen Darlegungen, sie beruft sich zur Unterstützung der Breitscheidgruppe gegenüber den starken Männern um Crispian auf das Zeugnis Rabels. Sie schreibt:

„Rabel befindet sich noch in Berlin. Er ist in amtlicher Eigenschaft in der Reichshauptstadt und hatte dort Gelegenheit, mit dem Genossen Breitscheid verschiedene Aussprachen zu führen. Rabel hat Breitscheid gegenüber in aller Öffentlichkeit erklärt, daß die U. S. P. D. die Regierung Wirth auf keinen Fall stützen helfen dürfe. Sie dürfe sich allenfalls der Stimme enthalten, niemals aber könne sie die Hand dazu bieten, daß eine schwertapitalistische Regierung das demokratisch schillernde Kabinett Wirth verdränge. Nun wissen wir, daß Rabel damit die gesamte Haltung des Exekutivkomitees in Moskau durch eine Darstellung desavouiert. Zwei Seelen aber wohnen in der Brust des unentwegten Volksgewissen. Er ist Kommunist, während er gleichzeitig besondere amtliche Funktionen in Berlin zu verrichten hat, die mit dem kapitalistischen Wiederaufbau Rußlands in engsten Beziehungen stehen. Rabel resp. die Sowjetregierung haben im gegenwärtigen Augenblick naturgemäß recht wenig Interesse daran, daß die linksbürgerliche Regierung in Deutschland durch eine rechtskapitalistische ersetzt wird. Daher seine unverstänlich erscheinende Auffassung über die Entwicklung der Dinge in Deutschland. Es versteht sich von selbst, daß damit die Haltung Rabels zu den unentwegten kommunistischen Schreibern im Reichstag in schreiendstem Gegensatz steht.“

Schließlich eine Erklärung aus den Reihen der Deutschen Volkspartei. Der frühere Vizekanzler Dr. Heinze hat sich der Abstimmung ferngehalten, weil er den Misstrauensantrag der Deutschen Volkspartei für unberechtigt hielt. Es sei, so erklärt er im „Dresdener Anz.“, notwendig gewesen, den Streit so schnell wie möglich beizulegen. Das habe der Reichskanzler erreicht, und man dürfe mit ihm wegen einzelner Unstimmigkeiten nicht zu scharf ins Gericht gehen. Durch das Misstrauensvotum der Deutschen Volkspartei sei der Weg zur Großen Koalition erschwert worden. Eine Niederlage des Kabinetts hätte zu außerordentlichen Schwierigkeiten geführt. Denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre eine andere Regierung als das Kabinett Wirth überhaupt kaum denkbar gewesen.

Gält man alle diese Äußerungen zusammen, so ergibt sich daraus, wie leichtfertig die Kanzlerstürzer gehandelt haben. Es ist nicht ihr Verdienst — auch nicht das der Mehrheit der Unabhängigen — daß das Unheil vermieden wurde.